

niedersachsen *magazin*

6

Juni 2020 ■ 82. Jahrgang

NBB – Niedersächsischer Beamtenbund
und Tarifunion

Gewerkschaftliche Arbeit läuft weiter – trotz Corona!

Seite 3 <

Keine Neiddebatte

Seite 6 <

Ehrenamt

Seite 8 <

Gespräch mit
dem NLBV



Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Corona-Pandemie wird, dessen können wir uns nunmehr sicher sein, nicht mehr nur das beherrschende Thema des Jahres 2020 werden, sondern möglicherweise das gesamte Jahrzehnt mit den bislang noch nicht absehbaren Auswirkungen bestimmen.

Es stehen natürlich die gesundheitlichen Auswirkungen, die uns alle persönlich betreffen, im Vordergrund. Auch wenn Deutschland vergleichsweise gut durch diese erste Krise gekommen ist, stehen doch eine große Zahl an Todesopfern und die Frage, wie weit diese noch ansteigen wird, im Raum.

Darüber hinaus kann heute noch niemand absehen, welche möglichen gesundheitlichen Spätfolgen noch auftreten werden und vor allen Dingen, ob uns möglicherweise sogar noch in diesem Jahr eine weitere Pandemie ereilen wird. Viele Virologen, Politiker und Experten tendieren mit ihren Voraussagen in diese Richtung und es bleibt nur zu hoffen, dass sie sich irren.

Eines zumindest scheint derzeit sicher zu sein: Solange kein wirksamer Impfstoff gegen das Virus zur Verfügung steht, werden wir uns in der stetigen Gefahr einer weiteren Infektionswelle und den damit verbundenen Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft befinden. Angesichts dieser Voraussagen tatsächlich verbindlich für die Zukunft zu planen, erscheint derzeit zumindest schwierig.

Und genauso schwer dürften Voraussagen über die wirtschaftlichen und steuerlichen Auswirkungen dieser Krise sein. Die aktuelle Steuerschätzung des Niedersächsischen Finanzministeriums lässt zumindest nichts Gutes erahnen. Aber vermutlich hat dies auch angesichts der Entwicklungen der vergangenen Wochen niemand anders erwartet.

So dürften die zu erwartenden Steuerausfälle bei gleichzeitig steigenden Ausgaben durch Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie den Landeshaushalt vor eine nie dagewesene Herausforderung stellen. Finanzminister Hilbers deutete dabei anlässlich seiner Vorstellung der Ergebnisse der Steuerschätzung bereits jetzt an, dass diese Belastungen ohne dauerhafte Ausgabenminderungen nicht zu kompensieren sein dürften.

Dies alles ist uns selbstverständlich bewusst und ich darf Ihnen und euch versichern, dass wir uns als Landesleitung des NBB bereits zu diesem Zeitpunkt in intensiven Gesprächen darüber befinden, wie es gelingen kann, eventuelle Auswirkungen auch auf den öffentlichen Dienst so gering wie irgend möglich zu halten.

Diese Gespräche sind in der aktuellen Situation ungemein wichtig und führen uns hoffentlich in eine gute Richtung im Interesse unserer Beschäftigten.



> Alexander Zimbehl,
1. Landesvorsitzender

Und genau in dieser Vorgehensweise liegt der aus meiner Sicht absolut richtige Weg:

Wir brauchen in der aktuell herrschenden Krisensituation einen gemeinsamen Weg aller Beteiligten, aus Politik, Wirtschaft und dem öffentlichen Dienst.

Der Niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil hat es in seiner Regierungserklärung im April-Plenum beachtenswert deutlich gemacht, indem er darauf hinwies, dass wir es nur mit einem gemeinsamen Vorgehen sowie mit gegenseitiger Solidarität und Unterstützung schaffen werden, aus dieser Krise herauszukommen.

Genau aus diesem Grunde bringen uns Neiddebatten, wie sie mancherorts augenscheinlich angestoßen werden, nicht weiter.

Ich habe in den vergangenen Wochen durch zahlreiche Gespräche und persönliche Eindrücke wieder einmal feststellen dürfen, wie hoch die Belastungen unserer Kolleginnen und Kollegen in nahezu allen Bereichen des öffentlichen Dienstes gerade ist.

Wir kennen alle die Bilder aus den Krankenhäusern und den Pflegeeinrichtungen, wo Höchstleistungen im Interesse des Allgemeinwesens erbracht werden. Wir kennen aber beispielsweise weniger die Bilder aus den Gesundheitsämtern oder der Finanzverwaltung, wo die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter situationsbedingt mit einer deutlichen Mehrbelastung umgehen müssen.

Maßnahmen zur Nachvollziehung von Infektionsketten, Anträge auf Steuerstundung oder Unterstützungsleistungen für Unternehmen und Gewerbebetriebe, um die Wirtschaftlichkeit aufrechtzuerhalten, sind nur einige Beispiele.

Auch wenn es Einzelne vielleicht nicht wahrhaben möchten: Die Herausforderungen und Belastungen haben für die Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes in den vergangenen Wochen in vielen Bereichen eher deutlich zu- als abgenommen.

Dabei gilt es immer zu berücksichtigen, dass niemand auch nur im Entferntesten auf eine solche Situation vorbereitet war. Konzepte, die einfach aus der Schublade gezogen werden konnten, waren nicht vorhanden. Und neben der beruflichen Belastung stand für viele Kolleginnen und Kollegen noch gleichzeitig die Frage im Raum, wie sie die Betreuung von Kindern oder Pflegebedürftigen organisieren sollten.

Andere Länder in Europa blicken „neidisch“ auf unsere funktionierende Finanzverwaltung, genauso wie auf unser Gesundheits- oder unser Bildungssystem. Auf den Umstand einer der in dieser Krise hervorragend funktionierenden Polizei, der Feuerwehren und vor allem der Gesundheitsorganisation muss man eigentlich schon fast nicht mehr hinweisen.

Genauso verhält es sich vor allem auch in unseren Schulen. In einer Presseerklärung Mitte Mai habe ich deutlich darauf hingewiesen, dass die Lehrerinnen und Lehrer und insbesondere die Schulleitungen in Niedersachsen gezwungen waren, nahezu ohne vorliegende Konzepte oder digitale Unterstützung und vor allem ohne diesbezügliches Erfahrungswissen in Abstimmung mit den zuständigen Behörden und Ministerien für alle Schülergruppen Unterrichtsplanungen und -maßnahmen umzusetzen. Hier ist von unseren Bildungskräften Herausragendes geleistet worden.

Impressum

Herausgeber: NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion, Ellernstraße 38, 30175 Hannover. **Telefon:** 0511.3539883-0. **Telefax:** 0511.3539883-6. **E-Mail:** post@nbb.dbb.de. **Internet:** www.nbb.dbb.de. **Bankverbindung:** BSBank Karlsruhe, BIC: GENODE61BBB, IBAN: DE07 6609 0800 0005 4371 56. **Redaktion:** Alexander Zimbehl (1. Landesvorsitzender), Azra Kamber (Landesgeschäftsführerin).

Verantwortlich für den Inhalt: Alexander Zimbehl, Ellernstraße 38, 30175 Hannover. Beiträge mit Autorenangabe stellen nicht unbedingt die Meinung des NBB dar.

Verlag: DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Titelfoto: © NBB

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** Dominik Allartz.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste** 24, gültig ab 1.10.2019.

Bezugsbedingungen: Erscheint 10-mal jährlich. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Jahr 19,90 Euro. Für Mitglieder ist der Bezugspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Bezug nur durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.



Diese Beispiele verdeutlichen die Leistungsbereitschaft und die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in unserem Land. Auch wenn sicher an die einen oder anderen Entscheidung Kritik geübt wurde – letztendlich ist es uns gemeinsam gelungen, einen guten Weg aus dieser Situation heraus zu finden.

Und genauso müssen wir jetzt auch die Zukunft gestalten.

Die vergangenen Wochen haben deutlich gezeigt, dass wir nur gemeinsam mit den Verantwortlichen aus Politik und Verbänden Lösungen und Schritte aus der Krise finden können. Es gilt nunmehr, die Errungenschaften der Vergangenheit vor Corona zumindest zu sichern und trotz der für alle Beteiligten schwierigen Situation insbesondere den Personalbedarf im öffentlichen Dienst, aber auch eine gerechte Bezahlung für alle Bereiche des öffentlichen Dienstes voranzubringen.

Die Kolleginnen und Kollegen können sich sicher sein – als Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion werden wir daran in aller Sachlichkeit und mit dem gebotenen Pragmatismus unseren nachhaltigen Anteil haben. Ich bitte Sie und euch darum, uns auf diesem Wege zu unterstützen.

Ihr/euer

Alexander Zimbehl,
1. Landesvorsitzender

Angriff des Bundes der Steuerzahler auf den öffentlichen Dienst

Das der Bund der Steuerzahler Niedersachsen (BdSt) sich gegenüber dem öffentlichen Dienst und seiner Beschäftigten immer wieder kritisch äußert, ist hinlänglich bekannt.

Aussagen des Vorsitzenden des BdSt, Bernhard Zentgraf, am 15. Mai in der Neuen Osnabrücker Zeitung schießen aber weit über das Ziel hinaus.

So sind Aussagen wie „Nicht wenige Pädagogen gönnen sich sonnige Auszeiten bei vollen Bezügen“, die immer wiederkehrende Frage, weshalb Lehrkräfte überhaupt Beamte sein müssen oder dass „Auszeiten wegen Corona oder ähnlicher Ereignisse bei künftigen Besoldungserhöhungen dämpfend berücksichtigt werden müssen“ als einmal mehr unsägliche Stimmungsmache einzustufen.

Auch der Vorschlag, Beamte, die ihren gewöhnlichen Dienst nicht nachkommen können, gegebenenfalls zur Unterstützung von Medizinerinnen und Pflägern im Gesundheitswesen einzusetzen, falls dies erforderlich ist, schießt über das Ziel hinaus beziehungsweise ist aufgrund mangelnder Fachkenntnis unter Umständen auch gar nicht möglich.

Der 1. Landesvorsitzende des NBB, Alexander Zimbehl, hat diese neue unnötige Neiddebatte gerade in der aktuellen Situation entschieden in einer ausführlichen Presseinformation zurückgewiesen:

Kein Raum für Neiddebatten in der aktuellen Lage

Der Niedersächsische Beamtenbund und Tarifunion (NBB) weist die Ausführungen des Bundes der Steuerzahler (BdSt) Niedersachsen und Bremen zum Umgang mit Beamtinnen und Beamten in aller Schärfe zurück.

So hatte der Vorsitzende des Bundes der Steuerzahler, Bernhard Zentgraf, in einem Interview mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ unter anderem drastische Einschnitte für nicht ausgelastete Staatsdiener gefordert.

„Offensichtlich ist dem Bund der Steuerzahler die tatsächliche Lage der Beamtinnen und Beamten in Niedersachsen und aller Angehörigen des öffentli-

chen Dienstes nicht im Ansatz bewusst“, erklärte der 1. Landesvorsitzende des NBB, Alexander Zimbehl, am Wochenende in Hannover.

Stimmungsmache

„Wir sind es mittlerweile leid, dass seit Wochen aus einer besonderen Richtung heraus Stimmung, insbesondere gegen die Beamtinnen und Beamten, gemacht wird.“

Der Bund der Steuerzahler kann sich sicher sein, dass in den meisten Ämtern und Behörden derzeit bis zum Anschlag gearbeitet wird und diese fortwährend angestoßene Neiddebatte ausschließlich dazu dient, Verunsicherung unter den Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu fördern“, so Zimbehl weiter.

Dabei weist der Beamtenbund insbesondere auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanz- und Steuerverwaltung, der Kommunalverwaltung und der Gesundheitsämter hin.

„Offensichtlich ist dem Bund der Steuerzahler entgangen, welche Kräfte in allererster Linie daran wirken, dass Deutschland und auch Niedersachsen vergleichsweise so gut durch die Krise kommen“, so Zimbehl.

„Die Bundes- und die Landespolitik setzen sich richtigerweise für umfangreiche Corona-Tests und die dadurch resultierende Erzielung nachvollziehbarer Infektionsketten ein – diejenigen, die dieses beispielsweise in den Gesundheitsämtern umzusetzen haben, schlägt der Bund der Steuerzahler mit derartigen Aussagen ins Gesicht.“

Hohe Belastung

Darüber hinaus dürfte Herr Zentgraf nicht bewusst sein, wie hoch die Belastung beispielsweise in den Finanzämtern ist – eine Flut von Steuerstundungsanträgen sei als exemplarisches Beispiel genannt. Die Niedersächsische Finanzverwaltung arbeitet mit Hochdruck in ihrem Bereich an der Bewältigung der aktuellen Krise.

Mit derartig abstrusen Überlegungen wird lediglich Neid und Missgunst geschürt, zu einer tatsächlichen Hilfe in der aktuellen Situation führt dieses nicht.“

Alexander Zimbehl weist in diesem Zusammenhang auf die zu erwartenden niedersächsischen Zahlen der Steuerschätzung hin. „Es werden insbesondere die Finanz- und Steuerver-



waltung sein, die den Betrieben, genauso wie den Bürgerinnen und Bürgern, in Niedersachsen helfen werden, dass wir gemeinsam aus dieser Krise kommen werden.

Andere Länder in Europa blicken neidisch auf unsere funktionierende Finanzverwaltung, genauso wie auf unser Gesundheits- oder unser Bildungssystem.

Auf den Umstand einer der in dieser Krise hervorragend funktionierenden Polizei, der Feuerwehren und vor allem der Gesundheitsorganisation muss man eigentlich schon fast nicht mehr hinweisen. Mir sind derartige Erklärungen, die wir nunmehr vermehrt seitens des Bundes der Steuerzahler zur Kenntnis nehmen müssen, absolut unerklärlich.

■ Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes

Es ist der chronisch unterfinanzierte öffentliche Dienst, der erneut seine absolute Leistungs-

fähigkeit unter Beweis stellt. Wer Gegenteiliges behauptet, scheint dies nicht erkannt zu haben.“

Der NBB weist ferner darauf hin, dass man sich selbstverständlich über interne Personalverschiebungen, auch hier über Unterstützungsleistungen zugunsten einzelner Bereiche, durchaus Gedanken machen könne und dies selber auch schon in ausgewählten Bereichen, beispielsweise zugunsten der Gesundheitsämter, ange-regt habe.

Aufgrund des Umstandes, dass aber gerade auch der öffentliche Dienst über eine große Anzahl von Risikopersonen verfügt, ist dieses aktuell fast nicht mehr umsetzbar und wäre den Überlegungen des BdSt folgend kaum zielführend.

In einem weiteren Schritt greift Zentgraf darüber hinaus die Lehrkräfte in Niedersachsen an und behauptet, dass sich hier einige „sonnige Auszeiten“ gönnt hätten.

„Ich empfehle Herrn Zentgraf im Vorfelde solcher Äußerungen sich zunächst direkt zu informieren, um nicht erneut einen gesamten Berufsstand vollkommen unseriös an den Pranger zu stellen“, so der 1. Landesvorsitzende des NBB, Alexander Zimbehl.

■ Herausragende Leistung der Bildungskräfte

Der Niedersächsische Beamtenbund und Tarifunion als Vertretung des Dachverbandes für sechs Bildungsgewerkschaften und -verbände in Niedersachsen weist dabei die Behauptungen und Forderungen des Bundes der Steuerzahler in aller Schärfe zurück.

„Die Lehrerinnen und Lehrer und insbesondere die Schulleitungen in Niedersachsen waren gezwungen, nahezu ohne vorliegende Konzepte oder digitale Unterstützung und vor allem ohne diesbezügliches Erfahrungswissen in Abstimmung mit den zuständigen Behörden und Ministerien für alle Schüler-

gruppen Unterrichtsplanungen und -maßnahmen umzusetzen. Hier ist von unseren Bildungskräften Herausragendes geleistet worden. Mit derartigen verfassungswidrigen Forderungen zur Lehrerbesoldung nun um die Ecke zu kommen und gleichzeitig pauschale Verunglimpfungen zu unterstellen, ist in aller Form zurück zu weisen.“

Abschließend weist Alexander Zimbehl darauf hin, dass der Niedersächsische Beamtenbund und Tarifunion Herrn Zentgraf gerne einlädt, sich über die tatsächlichen Leistungen der Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes und der Beamtenschaft in Niedersachsen ein objektives Bild zu verschaffen.

„Möglicherweise unterlässt er dann demnächst solche pauschalen Unterstellungen und auf Unkenntnis basierende Zukunftsvorschläge. Diese führen lediglich zu pauschalisierten Neiddebatten – so etwas braucht in dieser aktuellen Krisenzeit kein Mensch.“ ■

Interview mit dem Vorsitzenden der DVG, Johann Ubben

Die DVG als Verwaltungsfachgewerkschaft ist vielfältig organisiert und in den verschiedensten Bereichen vertreten. Wir haben Johann Ubben, Vorsitzender der DVG, einige Fragen gestellt und freuen uns, dass dieser uns seine Gewerkschaft etwas näher vorgestellt hat.

Herr Ubben, stellen Sie uns bitte zunächst einmal die DVG vor.

Die Deutsche Verwaltungs-Gewerkschaft Niedersachsen (DVG Niedersachsen) ist der gewerkschaftliche Zusammenschluss der Beschäftigten, die Aufgaben des Verwaltungsdienstes in Landesbehörden oder in anderen Dienststellen oder Einrichtungen des Landes oder im privaten Dienstleistungssektor innerhalb des Lan-

des Niedersachsen wahrnehmen.

Der Anteil der in diesem Bereich Beschäftigten macht auf die Gesamtzahl der beim Land Niedersachsen Beschäftigten nur einen geringen Teil aus. Umso wichtiger ist die Vertretung der Interessen dieser Beschäftigten.

Die Mitglieder der DVG Niedersachsen werden von sieben Bezirksgruppen sowie der

Fachgruppe Oberste Landesbehörden betreut. Organe der DVG sind der Landesvorstand sowie der Landeshauptvorstand. Der Gewerkschaftstag als oberstes Organ findet alle fünf Jahre statt.

Im Landeshauptvorstand sind neben dem Vorstand die Untergliederungen sowie die Frauen-, Senioren- und die Jugendvertretung mit einem Sitz vertreten.

Der Niedersächsische Fachverband Landesentwicklungs- und Agrarverwaltung (NFLA) ist der DVG Niedersachsen angeschlossen und ist ebenso mit einem Vertreter im Landeshauptvorstand der DVG Niedersachsen vertreten.



Johann Ubben, Vorsitzender DVG

Herr Ubben, wie groß ist in der DVG der Anteil der Beamtinnen und Beamten beziehungsweise der Tarifbeschäftigten?

In der DVG Niedersachsen sind etwa zwei Drittel Beamtinnen und Beamte (einschließlich Pen-



sionäre) und ein Drittel Tarifbeschäftigte (einschließlich Rentner).

Beschreiben Sie bitte Ihren Weg als Gewerkschafter bis zum Landesvorsitzenden der DVG und stellen Sie uns Ihren Vorstand vor.

Bereits kurz nach Einstellung bei der damaligen Bezirksregierung Lüneburg bin ich in die DVG Niedersachsen (damals VdL Niedersachsen) eingetreten. Nach meinem Wechsel nach Oldenburg wurde ich dort Vorsitzender der Bezirksgruppe Oldenburg und wurde 1993 in den Landesvorstand gewählt. Auf dem Gewerkschaftstag 1997 wurde ich zum Vorsitzenden der DVG Niedersachsen gewählt.

Der Vorstand setzt sich derzeit wie folgt zusammen:

Vorsitzender:

- > Johann Ubben



stellvertretende Vorsitzende:

- > Susanne Greve
- > Wilfried Kahle
- > Hermann-Josef Mansfeld
- > Thorsten Wranke

Daneben gehört die Vorsitzende des Tarifausschusses der DVG Niedersachsen, Tanja Haake, dem Vorstand mit Sitz und Stimme an.

Die Personalratswahlen 2020 sind auch in Ihren Bereichen abgeschlossen. Wie bewerten Sie die Ergebnisse der DVG und welches persönliches Resümee ziehen Sie?

Die DVG Niedersachsen hat überwiegend wieder sehr gut bei den Personalratswahlen abgeschnitten.

Insbesondere hervorzuheben sind die Wahlergebnisse zum örtlichen Personalrat im Innenministerium, die mit großer Mehrheit gewonnen werden konnten, sowie das Ergebnis der Wahlen zum Hauptpersonalrat des MI, wo wir mit einer gemeinsamen Liste mit dem BTB die Mehrheit der Sitze erreichen konnten.

Als Teil der großen NBB- und dbb Familie ist auch die DVG in das verbandsgewerkschaftliche Gesamtkonzept mit eingebunden. Welche Erwartungen haben Sie an den NBB in den kommenden Jahren?

Wie in der Vergangenheit erfolgreich praktiziert wünschen wir uns auch in Zukunft die Unterstützung des NBB bei der Vertretung der Interessen der allgemeinen inneren Landesverwaltung. Darüber hinaus erwarten wir vor allem, dass vom NBB alles unternommen wird, um Angriffe auf das Berufsbeamtentum abzuwehren. Insbesondere sei hier nur das in einigen Bundesländern bereits eingeführte sogenannte „Hamburger Modell“ genannt.

Der NBB bedankt sich recht herzlich bei Herrn Ubben für die Beantwortung der oben genannten Fragen und die Ausführungen zu der DVG.

DANKE!

Personalratswahlen 2020

Die meisten Personalräte sind zwischenzeitlich neu gewählt worden. Diese Personalratswahlen waren spätestens ab dem Wahltermin durch die Coronapandemie geprägt.

■ **Probleme nach den Wahlen**

Kurzfristig wurden Wahlen verschoben, konstituierende Sitzungen konnten aufgrund der zwischenzeitlich geltenden Auflagen ebenso wenig stattfinden wie die geplanten und notwendigen Schulungen gerade für die neu gewählten Personalräte.

An dieser Stelle hätte sich der NBB deutlich mehr praktische Hinweise, wie mit der Situation umzugehen ist, vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport gewünscht, da auch an uns unzählige Anfra-

gen, wie das weitere Vorgehen ist, gestellt wurden.

Die jetzt geplanten Änderungen des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes sind in anderen Bundesländern teilweise kurzfristig im Erlassweg und damit pragmatisch und zeitnah geregelt worden.

■ **Danke**

Wir möchten uns bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken,

- > die sich im Rahmen der Personalratswahlen als Kandidatin-

nen und Kandidaten zur Verfügung gestellt haben,

- > bei denen, die die Kandidatinnen und Kandidaten im Wahlkampf unterstützt haben und
- > bei denjenigen, die zur Wahl gegangen sind und damit die Personalvertretungen für die nächsten vier Jahre gewählt haben!

■ **Glückwünsche**

Unser Glückwunsch gilt persönlich all denjenigen, die in einen Personalrat – sei es auf örtlicher oder überörtlicher Ebene – gewählt wurden.

Ihnen wünschen wir für diese spannende und anspruchsvolle Tätigkeit, aber auch die Heraus-

forderungen die diese mit sich bringt, viel Erfolg!

Unser Glückwunsch gilt aber auch den Mitgliedsgewerkschaften und -verbänden, die ihre Ergebnisse gegenüber den letzten Personalratswahlen noch verbessern konnten.

Dies ist nicht zuletzt einer engagierten Arbeit in den letzten vier Jahren zu verdanken, aber auch dem Einsatz – wie bereits erwähnt – der jeweiligen Mitglieder im Wahlkampf.



Einrichtung einer Enquetekommission „Ehrenamt“

Der überwiegende Teil der Arbeit in unseren Mitgliedsgewerkschaften und -verbänden wird von Ehrenamtlichen geleistet. Verbandsarbeit ohne sie ist einfach unvorstellbar. Sie stellen ihre Freizeit unentgeltlich zur Verfügung, opfern Urlaubstage. Sie sind das Gerüst, ohne das fast alles zusammenbrechen würde.

Dies trifft aber nicht nur auf unsere Verbandsarbeit zu, sondern betrifft alle Bereiche unserer Gesellschaft:

Sportvereine, kulturelle Projekte, Zivil- und Katastrophenschutz, Elternarbeit in Kindertagesstätten und Schulen und vieles andere mehr.

Ohne freiwilliges ehrenamtliches Engagement ist das gesellschaftliche Leben in Deutschland, wie wir alle es kennen, nicht denkbar. Besonders beeindruckend wurde dies auch aktuell während der Coronapandemie deutlich. In vielen Orten Niedersachsens entstanden spontan Hilfsangebote und -aktionen zum Beispiel Einkaufshilfen oder auch mit dem Hund Gassi gehen für Risikopersonen, die möglichst zu Hause bleiben sollten.

Freiwilligensurvey

Seit 1999 dokumentiert das Deutsche Freiwilligensurvey regelmäßig, in welchem Umfang sich Personen ehrenamtlich engagieren und wie sich dieses Engagement weiterentwickelt. Die letzte Veröffentlichung basiert auf Daten von 2014, die Daten aus 2019 werden frühestens Ende 2020 veröffentlicht.

Für Niedersachsen sind die letzten veröffentlichten Zahlen sehr beeindruckend:

> 73,3 Prozent der Niedersachsen sind öffentlich und gemeinschaftlich aktiv (3,1 Prozent mehr als der Bundesdurchschnitt)

> 46,2 Prozent sind freiwillig engagiert (2,6 Prozent mehr als der Bundesdurchschnitt), dabei Frauen und Männer fast gleichermaßen (45,3 zu 47,1 Prozent)

> 15,2-prozentiger Anstieg der freiwillig engagierten Personen von 1999 zu 2014

> 53,2 Prozent der Schülerinnen und Schüler waren freiwillig engagiert

> 22,6 Prozent beträgt allerdings der Unterschied zwischen freiwillig Engagierten mit niedriger (32,2 Prozent) und hoher (54,8 Prozent) Bildung

Der Bereich mit den meisten freiwillig Engagierten ist Sport und Bewegung (48,0 Prozent) gefolgt von Schule oder Kindergarten (15,6 Prozent) und auf Platz drei der soziale Bereich (8,6 Prozent).

Warum engagierten sich Personen freiwillig?

Hier ist „Spaß haben“ mit 94,1 Prozent der größte Faktor, gefolgt von „Gesellschaft mitgestalten“ (82,4 Prozent) und „mit anderen Menschen zusammenkommen“ (81,8 Prozent).

Niedersächsische Regierungsfaktionen wollen ein Zeichen setzen

Auch der Politik ist bewusst, dass das ehrenamtliche Engagement unserer Gesellschaft ist. Die Regierungsfaktionen von SPD und CDU in Niedersachsen haben daher einen Antrag zur Ein-

richtung einer Enquetekommission „Ehrenamt“ in den Landtag eingebracht.

Diese Enquetekommission soll ein zukunftsorientiertes Konzept für die Ehrenamtsarbeit erarbeiten. Hier der Wortlaut der Drucksache 18/6386:

Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern – Enquetekommission „Ehrenamt“ einrichten

Das Gemeinwesen in Niedersachsen wird maßgeblich von einer aktiven Zivilgesellschaft gestaltet. Für ein lebendiges, vielfältiges und solidarisches Bundesland ist das Ehrenamt daher unverzichtbar. Ehrenamtliche schaffen Chancen, stärken die Demokratie und verbinden Menschen miteinander. Das ehrenamtliche Engagement gehört daher zu den konstitutiven und lebendigen Elementen unserer Demokratie.

Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen ist umfangreich und vielfältig. Sportvereine, soziale und kulturelle Projekte sowie die Präventions- und Integrationsarbeit werden maßgeblich von Ehrenamtlichen getragen. Außerdem sind der Zivil- und Katastrophenschutz, insbesondere die freiwillige Feuerwehr und die Rettungsdienste, auf engagierte Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Auch die kommunale Selbstverwaltung basiert wesentlich auf der ehrenamtlichen Tätigkeit.

Viele Bürgerinnen und Bürger übernehmen in den Kommunalparlamenten politische Verantwortung. Sogar in der Wirtschaft basiert die Selbstverwaltung auf dem Einsatz von Ehrenamtlichen.

Der Dank gilt allen, die sich in so beeindruckender Weise für das Gemeinwohl einbringen. Dieses

Engagement gilt es langfristig zu fördern und abzusichern.

Herausforderungen des Ehrenamtes

Ökonomische, soziale und gesellschaftliche Veränderungen stellen das Ehrenamt zunehmend vor Herausforderungen.

Seit einigen Jahren ist eine verstärkte Individualisierung innerhalb der Gesellschaft zu beobachten. Damit einhergehend sind erhöhte Anforderungen an Flexibilität und Mobilität feststellbar.

Sowohl eine zeitliche Verdichtung als auch die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse erschweren die Ausübung des Ehrenamts, sodass Zeitnot eine der Hauptursachen dafür ist, dass Menschen, die gern ehrenamtlich aktiv wären, ihrem Interesse nicht mehr nachkommen können.

Auch die Doppel- beziehungsweise Dreifachbelastung durch Beruf, Familie und Engagement schränkt Ehrenamtliche, insbesondere in der sogenannten Rushhour des Lebens (zwischen 25 und 40 Jahren) stark ein. Hiervon sind zu allererst Frauen betroffen mit der Folge, dass sie größtenteils im Ehrenamt unterrepräsentiert sind.

Ziel einer Enquetekommission

Vor dem Hintergrund der technischen, sozialen und gesellschaftlichen Veränderungen des 21. Jahrhunderts setzt der Landtag eine Enquetekommission „Ehrenamt“ mit den Zielen ein,

> Handlungsfelder für die drängenden Herausforderungen rund um das Ehrenamt zu erarbeiten,

> Maßnahmen zur Förderung und Stärkung des freiwilligen, gemeinwohlorientierten,

nicht auf materiellen Gewinn ausgerichteten Engagements vorzulegen,

- Lösungsvorschläge zur Verbesserung der Ehrenamtsquote von Frauen und jungen Erwachsenen zu entwickeln,
- Maßnahmen und Gesetzesvorschläge zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und kommunalem Mandat zu erarbeiten.

Die Enquetekommission soll unter Einbeziehung der betroffenen Ministerien, der Landtags-

fraktionen, der Wissenschaft und von Vereinen und Verbänden ihren Bericht bis zum 30. Juni 2021 abschließen und dem Landtag zur Beratung und Beschlussfassung zuleiten.

■ Begründung

Niedersachsen ist ein Land des ehrenamtlichen Engagements. Fast jede zweite Niedersächsin und jeder zweite Niedersachse über 14 Jahren engagiert sich in ihrer und seiner Freizeit freiwillig. Die aktuellen Ergebnisse zum Freiwilligensurvey 2019 und die zugehörigen Daten wer-

den voraussichtlich Ende 2020 veröffentlicht.

Der Landtag misst dem Ehrenamt in Niedersachsen eine sehr hohe Bedeutung für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei. Niedersachsen braucht ehrenamtliches Engagement in seiner gesamten Vielfalt. Vor dem Hintergrund der beschriebenen Veränderungen gilt es, die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt in Niedersachsen zu verbessern.

Durch die Enquetekommission sollen in einem pluralistischen Prozess Vorschläge zur instituti-

onellen und zeitgemäßen Verbesserung des Ehrenamtes erarbeitet werden. Aufgrund der Komplexität des Themas ist eine solche Herangehensweise am ehesten geeignet, Antworten zu finden.

Vor der endgültigen Beschlussfassung im Landtag wird in den Ausschüssen über den Antrag beraten.

Quellen: Deutsches Zentrum für Altersfragen – Länderbericht zum Deutschen Freiwilligensurvey 2014 und Niedersächsischer Landtag

Kosten für die Gripeschutzimpfung werden künftig von der Beihilfe übernommen

Derzeitige Situation nicht mehr zeitgemäß

Derzeit werden Aufwendungen für Schutzimpfungen – zu denen auch die Gripeschutzimpfung zählt – von der Beihilfe nur übernommen, wenn diese von der Ständigen Impfkommission des Robert Koch-Instituts (STIKO) empfohlen sind.

Für bestimmte Personengruppen empfiehlt die STIKO die Gripeschutzimpfung (Influenzaimpfung) explizit, andere sollten im Rahmen eines sogenannten „erhöhten beruflichen Risikos“ ebenfalls geimpft werden.

Zu Letzteren gehören unter anderen Personen in Einrichtungen mit umfangreichem Publikumsverkehr oder Personen, die als mögliche Infektionsquelle für von ihnen betreute Personen fungieren können. Dies hat in der Vergangenheit

immer wieder zu Irritationen bei den Beihilfeabrechnungen geführt. So empfiehlt das Niedersächsische Landesgesundheitsamt gerade auch für Schul- und Kindergartenpersonal die Gripeschutzimpfungen, Lehrerinnen und Lehrern wurde die Erstattung der Kosten aber immer wieder mal verweigert.

■ Anfrage an das Niedersächsische Finanzministerium

Diese Problematik und letztendlich auch widersprüchlichen Aussagen haben den NBB Anfang 2020 veranlasst, an das Niedersächsische Finanzministerium – zuständig für die Niedersächsische Beihilfeverordnung – heranzutreten mit der Bitte zu prüfen, ob es nicht zeitgemäß ist, die Kosten für die Gripeschutzimpfung generell als bei-

hilfefähig einzustufen, zumal auch die meisten gesetzlichen Krankenversicherungen diese mittlerweile übernehmen.

■ Erfolg aufgrund der Intervention des NBB

Wie uns das Niedersächsische Finanzministerium nun mitgeteilt hat, werden im Rahmen der nächsten Änderung der NBhVO die Regelungen hinsichtlich der Beihilfefähigkeit der Aufwendungen für eine Schutzimpfung gegen Influenza so angepasst,

dass allen beihilfeberechtigten und berücksichtigungsfähigen Personen Beihilfe für entsprechende Aufwendungen gewährt wird.

Im Vorgriff darauf wurde mit Runderlass vom 11. Mai 2020 geregelt, dass abweichend von § 38 Abs. 1 Satz 1 NBhVO Aufwendungen für eine Schutzimpfung gegen Influenza, die ab dem 1. Oktober 2020 entstehen, bereits uneingeschränkt beihilfefähig sind.



© Pixabay



NBB und DSTG im Gespräch mit dem NLBV

Während nach und nach die ersten gesellschaftlichen Lockerungen als Folge der Corona-Situation auch die gewerkschaftliche Arbeit wieder intensivieren, beginnen gleichzeitig auch die wichtigen Präsenztermine im Interesse unserer Mitglieder und des gesamten öffentlichen Dienstes.

➤ Gespräch mit dem NLBV

Hannover an dem Gespräch beteiligt.

So führten der 1. Landesvorsitzende des NBB, Alexander Zimbehl, und der NBB-Landeschatzmeister, gleichzeitig Landesvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, Thorsten Balster, ein gemeinsames Gespräch mit dem Präsidenten des Niedersächsischen Landesamtes für Bezüge und Versorgung (NLBV), Herrn Hanspeter Michel, zu aktuellen Themen seiner Behörde.

Neben dem Präsidenten des NLBV waren Frau Sarah Weinbrenner (Referatsleiterin für Versorgungsangelegenheiten) und Herrn Roland Jürgensmeyer als Leiter des Standortes in

➤ Digitalisierung der Niedersächsischen Landesverwaltung

Wesentlicher Kern des sehr ziel-führenden Gedankenaustausches war neben wichtigen Einzelfallfragen die Thematik des Fortschritts der Digitalisierung der Niedersächsischen Landesverwaltung und hier speziell des NLBV.

Dabei informierten sich Alexander Zimbehl und Thorsten Balster insbesondere über den Fortgang der Umsetzungsschritte zu einer digitalen Landesverwaltung im konkreten Bereich des NLBV.

Vorrangiges Ziel ist nach Darstellung des Präsidenten des NLBV, weite Teile des Angebotes im Rahmen der gemeinsamen Landesstrategie den modernen Anforderungen anzupassen und den Beschäftigten und Versorgungsberechtigten des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen digitale Möglichkeiten des Kundenkontaktes zu unterbreiten.

➤ Herausforderungen wegen der Corona-Krise

In einem weiteren Komplex unterrichtete Präsident Hanspeter Michel die Vertreter des NBB und der DSTG über die Herausforderungen der Behörde im Umgang mit der aktuellen Corona-Krise.

Hier war das NLBV, vergleichbar mit allen anderen Landesbehörden und -ämtern, gezwungen, im Interesse der Beschäftigten kurzfristig Maßnahmen zum Gesundheitsschutz umzusetzen und gleichzeitig die wichtigen Teile des Dienstbetriebes und Angebotsmanagements aufrechtzuerhalten.

➤ Gelungene Zusammenarbeit

Dabei betonte der Präsident des NLBV die gelungene Zusammenarbeit mit allen Beteiligten und hob gleichzeitig auch die sehr produktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Personalvertretung und den Gewerkschaften hervor.

➤ Personalbedarf

In diesem Zusammenhang thematisierten Thorsten Balster und Alexander Zimbehl den weiterhin in vielen Bereichen der Landesverwaltung umfangreichen Personalbedarf, der insbesondere auch in der aktuellen Corona-Krise und den damit verbundenen Auswirkungen auf die öffentliche Verwaltung zunehmend deutlich geworden ist.

Alle Gesprächspartner zeigten sich zum Abschluss des informativen Gedankenaustausches sehr zufrieden mit der unkomplizierten Zusammenarbeit und dem ausgesprochenen respektvollen Umgang miteinander. ■



➤ Alexander Zimbehl, Hanspeter Michel, Thorsten Balster (von links)

© NBB